



Presseschau vom 21.01.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

snanews.de: **Baerbock räumt Moskaus Bedenken über Geschichtsumschreibung aus – Expertin**

Die Gespräche zwischen dem russischen Außenminister, Sergej Lawrow, und der deutschen Außenministerin, Annalena Baerbock, in Moskau sind zu einem Test für die Beziehungen zwischen den Ländern geworden. Ekaterina Timoschenkowa, Expertin der Abteilung für politische Studien am Moskauer Europainstitut, teilte ihre Beobachtungen im SNA-Interview mit. ...

<https://snanews.de/20220120/baerbock-moskau-geschichtsumschreibung-5077263.html>

Dagmar Henn: **Fünfzig Schattierungen von Angst: Wo die Corona-Maßnahmen wirklich wirken**

Jeden Tag eine neue Regel. So geht es, seit das mit Corona anfing. Logik oder gar nachweisbare epidemiologische Wirksamkeit sucht man allerdings oft vergebens. Außer, man sucht an ganz anderer Stelle. Denn auf die Gefühlslage der Menschen wirken sie sehr wohl.

...

<https://kurz.rt.com/2shw>

de.rt.com: **"Havanna-Syndrom" – CIA findet keine Belege für feindliches Vorgehen gegen US-Botschaften**

Der US-Geheimdienst CIA konnte Berichten zufolge keine ausländische Kampagne zur Schädigung der Gesundheit des diplomatischen Personals der USA ausfindig machen. Der Direktor der CIA versprach, die Untersuchung zum sogenannten Havanna-Syndrom fortzuführen, da noch Fragen offen blieben. ...

<https://kurz.rt.com/2shp>

de.rt.com: **Russland: Zentralbank will Umlauf und Mining von Kryptowährungen im Land verbieten**

Die russische Zentralbank hat ein Verbot der Ausgabe, des Umtauschs und des Umlaufs von Kryptowährungen in Russland vorgeschlagen. Die Regulierungsbehörde schlug außerdem vor, Strafen für diese Handlungen einzuführen. Sie sieht in Kryptowährungen ein Risiko für den Rubelkurs. ...

<https://kurz.rt.com/2sic>

de.rt.com: **Aufgedeckt: USA bombardierten größten Staudamm Syriens und nahmen Tod von Zehntausenden in Kauf**

2017 hat das US-Militär einen Staudamm in Syrien mit bunkerbrechenden Bomben angegriffen. Bombardements von vitaler Infrastruktur gilt als Kriegsverbrechen. Doch das Pentagon verneinte jede Verantwortung und tat entsprechende Berichte über die Bombardierung als "verrückt" ab. Jetzt kam heraus, Washington hat gelogen. ...

<https://kurz.rt.com/2sjc>

abends/nachts:

de.rt.com: **Zivilluftfahrtorganisation legt Bericht über Notlandung des Ryanair-Fluges in Minsk vor**

Die Internationale Zivilluftfahrtorganisation ICAO hat den Untersuchungsbericht über die Notlandung des Ryanair-Fluges am 23. Mai 2021 in Minsk vorgelegt. In einer Sitzung des ICAO-Rates soll über das weitere Vorgehen und die Rechtmäßigkeit der Sanktionen gegen Weißrussland beraten werden.

Wie die Internationale Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) auf ihrer Internetseite mitteilt, hat sie den Mitgliedstaaten bereits am 17. Januar den Ermittlungsbericht über die Notlandung des Ryanair-Fluges am 23. Mai 2021 in Minsk vorgelegt. Die 36 Vertreter des ICAO-Rates werden auf einer derzeit für den 31. Januar anberaumten Sitzung formell über weitere Maßnahmen beraten, die die ICAO aufgrund der Ergebnisse des Berichts ergreifen sollte.

An diesem Tag wird der Rat auch ein Ersuchen Weißrusslands prüfen, das sich auf die nach Ansicht des Staates unrechtmäßigen Sanktionen bezieht, die der staatlichen Fluggesellschaft Belavia nach dem Vorfall von anderen Staaten und der EU auferlegt worden sind.

Nach Angaben der ICAO basiert der Tatsachenbericht FR4978 ausschließlich auf den Daten und Informationen, die die Länder der ICAO zur Verfügung stellten, und enthält betriebliche Einzelheiten, technische Analysen der verschiedenen Maßnahmen und Entscheidungen sowie gegebenenfalls Verweise auf das Abkommen von Chicago über die internationale Zivilluftfahrt und geltende internationale Rechtsinstrumente. Der Bericht wurde von einem speziellen Untersuchungsteam (Fact Finding Investigation Team) erstellt, das sich aus ICAO-Experten in den Bereichen Luftsicherheit, Flugbetrieb, Flugnavigation und internationales Luftrecht zusammensetzt.

Der Öffentlichkeit ist der Bericht bislang nicht zugänglich. In einem Interview für die weißrussische Nachrichtenagentur BelTA gab sich der Direktor der für die Luftfahrt zuständigen Abteilung im Verkehrsministerium Weißrusslands Artjom Sikorski mit den Ergebnissen zufrieden:

"Vor allem ist das Untersuchungsteam den Darlegungen der weißrussischen Seite gefolgt,

dass es kein Abfangen, keine Zwangslandung oder Umleitung des Ryanair-Flugzeugs durch Weißrussland gab, insbesondere nicht durch das MiG-29-Militärflugzeug, über das zuvor berichtet worden war. Das ICAO-Untersuchungsteam stellte fest, dass es keine visuellen Signale von der Flug- und Kabinenbesatzung des Militärflugzeugs gab und dass keine Kommunikation mit dem Flugzeug stattfand. Dies ist ein Beweis dafür, dass der Ryanair-Flug nicht abgefangen wurde."

Sikorski zufolge weist der ICAO-Bericht auf einen weiteren wichtigen Punkt hin, auf den die weißrussische Seite zuvor aufmerksam gemacht hatte:

"Die Daten der objektiven Kontrolle der Gespräche der Flugzeugbesatzung im Cockpit sind nicht erhalten geblieben, da die Besatzung die Aufzeichnungsgeräte nach der Landung in Minsk nicht ausgeschaltet hat. So hat die Besatzung die Daten der objektiven Kontrolle und ihre Tonaufzeichnung des Moments, in dem sie die Entscheidung zur Landung in Minsk traf, nicht gespeichert. Das ist seltsam."

Am 23. Mai 2021 hatte der Ryanair-Flug 4978, der auf der Route von Athen in die litauische Hauptstadt Vilnius unterwegs war, nach einer Bombendrohung in Minsk notlanden müssen. Darüber, wer für die Bombendrohung, die sich als falscher Alarm herausstellte, verantwortlich war, wird bis zum heutigen Tag spekuliert und gestritten. Weißrussland wurde nach dem Vorfall mit dem Vorwurf konfrontiert, die Landung in Minsk durch ein MiG-29-Militärflugzeug erzwungen und so die Passagiere der Ryanair-Maschine gefährdet zu haben. Minsk bestritt und bestreitet diese Beschuldigung und trägt vor, dass die Entscheidung zum Ort der Landung durch die Ryanair-Besatzung nach Beratung mit der weißrussischen und litauischen Luftkontrolle sowie der Geschäftsleitung der Fluggesellschaft frei und ohne Zwang getroffen wurde.

An Bord der notgelandeten Boeing 737 befand sich der weißrussische oppositionelle Journalist Roman Protassewitsch und dessen russische Lebensgefährtin Sofia Sapega. Beide hatten sich während der auf die Präsidentschaftswahlen im August 2020 folgenden Unruhen aufseiten der weißrussischen Opposition engagiert: Protassewitsch war Mitbegründer und Redakteur des Telegram-Kanals Nexta, Sapega administrierte eine Seite, auf der Klarnamen und Privatadressen von Polizeibeamten und anderen Sicherheitskräften veröffentlicht wurden. Nach der Landung wurden beide verhaftet. Protassewitsch, der zuvor auch im nationalistischen Freiwilligenbataillon "Asow" im Osten der Ukraine gesichtet worden war, wird beschuldigt, die Unruhen und Zusammenstöße mithilfe der sozialen Netzwerke von Warschau aus gesteuert zu haben. Nachdem er mit den Ermittlungsbehörden kooperierte und in mehreren Interviews und Pressekonferenzen öffentlich Erklärungen zu seinen Taten getätigt hatte, wurden er und Sapega am 25. Juni 2021 aus der Haft entlassen und unter Hausarrest gestellt. Das Gerichtsverfahren gegen beide steht noch aus.

Unmittelbar nach den Ereignissen und ohne den Bericht der ICAO abzuwarten, belegten die EU und ihre Mitgliedstaaten Weißrussland mit Sanktionen und verboten der staatlichen Fluggesellschaft Belavia die Nutzung des europäischen Luftraums. Insbesondere der damalige deutsche Außenminister Heiko Maas trat mit [eskalierenden Äußerungen](#) hervor. Voreilig, wie der ICAO-Bericht nun offenkundig bestätigt.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61e953fdb480cc59aa6476cc.jpg>

de.rt.com: **Sacharowa: Mit Gerüchten über russische Ukraine-Invasion lenkt der Westen von eigener Zündelei ab**

Bei allem Geschrei im Westen über Russlands Einmarschpläne in die Ukraine lieferte allein Großbritannien in den letzten Tagen knapp 500 Tonnen Rüstungsgut. Dies spricht für die aggressiven Pläne des Westens selbst, so die russische Außenministeriumssprecherin. Der Westen tarne die Vorbereitung seiner eigenen Provokationen mit Behauptungen, Russland habe Pläne, in die Ukraine einzumarschieren. Diesen Vorwurf äußerte die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa am Donnerstag bei einem Pressebriefing: "Westliche und ukrainische Medien sowie hohe Beamte verbreiten momentan noch aktiver Spekulationen über einen 'bevorstehenden Einmarsch Russlands in die Ukraine' – so formulieren sie es. Wir sind überzeugt, dass der Zweck dieser Kampagne darin besteht, ihren eigenen Vorbereitungen groß angelegter Provokationen, auch militärischer Art, auf dem Informationsschlachtfeld Deckung zu geben – Provokationen, die für die regionale und globale Sicherheit die tragischsten Folgen haben können."

Knapp 500 Tonnen Waffen allein per Lufttransport in den letzten Tagen

Sacharowa zufolge bestätigt der Westen derartige Befürchtungen Moskaus durch tatsächliche Provokationen:

"Bereits seit mehreren Tagen verlastet Großbritannien mit Militärtransportflugzeugen seiner Luftwaffe Waffen in die Ukraine. Es wurden mindestens sechs Flüge arrangiert, jedes Flugzeug kann bis zu 77,5 Tonnen Fracht an Bord nehmen – das heißt, insgesamt etwa 460 Tonnen Waffen."

Es sei bekannt geworden, dass auch tragbare Panzerabwehrsysteme für den Einsatz in städtischen Gebieten geliefert werden, fügte die Diplomatin hinzu. Sie betonte, dass das ukrainische Militär von den westlichen Ausbildern auf dem Testgelände in Jaworow in der Region Lwow für genau die Art des Kampfes ausgebildet werde, die den Einsatz dieser Waffen begünstigt.

Sacharowa erinnerte auch daran, dass Kanada über 200 Spezialkräfte in die Ukraine entsandt hatte – unter dem Vorwand, angeblich seine Botschaft schützen und Diplomaten im Notfall evakuieren zu wollen. Doch am umfangreichsten seien die militärischen Hilfen der USA, so die Außenministeriumssprecherin:

"Allein in den letzten Monaten lieferte Washington der Ukraine 30 'Javelin'-Panzerabwehrraketensysteme und 180 Lenkflugkörper für sie."

Außerdem, betonte Sacharowa, hatte zuvor in den Medien die Meldung die Runde gemacht, dass im Januar Waffenlieferungen im Wert von 20 Millionen US-Dollar in die Ukraine erwartet werden. Dies wird dort jedoch nicht als Hilfe beim Selbstschutz gegen das angeblich aggressive Russland verstanden – sondern als Ermunterung und Anstachelung zur Eskalation

gegen die abtrünnigen Volksrepubliken Donezk und Lugansk:

"In der Ukraine wird eine solche Unterstützung als Blankoscheck für die Durchführung einer Militäroperation im Donbass aufgefasst. [...] Wir fordern die westlichen Länder auf, ihre aggressive antirussische Informationskampagne einzustellen, [ebenso wie] das Fördern der Militarisierung der Ukraine nebst Hineinziehen des Landes in die NATO – und stattdessen ihre Anstrengungen darauf zu richten, das Kiewer Regime zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen und anderer internationaler Verpflichtungen zu bewegen."



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61e97ed7b480cc071140f02d.jpg>

wpered.su: Entwurf eines Aufrufs der Staatsduma an den Präsidenten der RF W.W. Putin über die Notwendigkeit einer Anerkennung der DVR und der LVR

Eingebracht von den Abgeordneten der Staatsduma G.A. Sjuganow, I.I. Melnikow, W.I. Kaschin, Ju.W. Afonin, D.G. Nowikow, N.W. Kolomejzew, L.I. Kalaschnikow, K.K. Tajsajew, Je.I. Bessonow, N.I. Osadtschij, A.W. Kurinnyj

Entwurf

Aufruf der Staatsduma

An den Präsidenten der Russischen Föderation W.W. Putin über die Notwendigkeit einer Anerkennung der Donezker Volksrepublik und der Lugansker Volksrepublik
Sehr geehrter Wladimir Wladimirowitsch!

Die Staatsduma der Föderationsversammlung der Russischen Föderation äußert ihre eindeutige und konsolidierte Unterstützung für die Ergreifung adäquater Maßnahmen zu humanitären Zwecken zur Unterstützung der Einwohner der einzelnen Bezirke der Donezker und der Lugansker Oblast der Ukraine, die den Wunsch geäußert haben, russisch zu sprechen und schreiben, die die Einhaltung der Glaubensfreiheit wünschen und die mit den Handlungen der ukrainischen Regierung, die ihre Rechte und Freiheiten verletzt, nicht einverstanden sind. Die Einwohner der Donezker und der Lugansker Oblast der Ukraine haben im gesamtukrainischen Referendum am 27. März 1994 einem föderativen Aufbau der Ukraine und einer Verankerung der russischen Sprache als Staatssprache der Ukraine neben der ukrainischen Sprache zugestimmt, außerdem haben sie die Nutzung der russischen Sprache in der Donezker und Lugansker Oblast im Bereich der Arbeitsbeziehungen, im Geschäftsverkehr, bei Dokumenten, in Bildung und Wissenschaft unterstützt.

Die neue Regierung der Ukraine, die jetzt die Faschisten Bandera, Schuchewitsch und deren Anhänger verherrlicht, sind intolerant gegenüber den historisch entstandenen Normen, dem Alltagsleben sowie dem Willen und dem Glaubensbekenntnis der Einwohner dieser Oblaste. Die Handlungen der ukrainischen Regierung zwangen die Einwohner der einzelnen Bezirke der Donezker und Lugansker Oblast der Ukraine, ein Referendum zu initiieren und im Mai 2014 für die Annahme des Aktes über die Selbstbestimmung der Donezker Volksrepublik (89 Prozent) und des Aktes über die Selbstbestimmung der Lugansker Volksrepublik (96 Prozent)

zu stimmen.

Seit acht Jahren leben die Einwohner der Donezker Volksrepublik und der Lugansker Volksrepublik unter Beschuss von klein- und großkalibrigen Waffen. Nach Angaben der UNO starben mehr als 10.000 Menschen, mehr als 50.000 wurden verletzt, mehr als 1,4 Millionen Menschen sind innerhalb der Ukraine geflohen und mehr als 2,5 Millionen sind auf der Suche nach Asyl in die Russische Föderation gekommen. Die ukrainische Regierung hat die Zahlungen von Renten und Sozialleistungen eingestellt und eine vollständige Wirtschaftsblockade gegen die Bevölkerung der Unternehmen der Donezker Volksrepublik und der Lugansker Volksrepublik verhängt. Die Handlungen der ukrainischen Regierung können ohne weiteres mit einem Genozid am eigenen Volk verglichen werden.

Eine friedliche Regelung der Situation im Südosten der Ukraine konnte nur unter persönlicher Teilnahme der Staats- bzw. Regierungschefs der Russischen Föderation, Frankreichs, Deutschlands und der Ukraine im Rahmen des Formats des „Normandie-Quartetts“ erreicht werden. Außerdem wurde eine Kontaktgruppe zur Regelung der Situation im Osten der Ukraine eingerichtet, die aus Vertretern der Ukraine, Russlands, der OSZE sowie der Donezker Volksrepublik und der Lugansker Volksrepublik besteht. Im Ergebnis der Verhandlungen wurden die „Minsker Vereinbarungen“ angenommen, die von einer besonderen Resolution des UN-Sicherheitsrats sowie durch zahlreiche Entscheidungen der Kontaktgruppe zur Regelung der Situation im Osten der Ukraine gebilligt wurden.

Heute wird kein einziger der Punkte der „Minsker Vereinbarungen“, die den grundlegenden Vektor für den Schutz der Rechte und Freiheiten und die Wiederherstellung eines friedlichen Lebens der Bürger, der Infrastruktur und der Wirtschaft der Donezker Volksrepublik und der Lugansker Volksrepublik darstellen, von der neuen ukrainischen Regierung umgesetzt.

Anstelle konsequenter Handlungen unternimmt die Regierung der Ukraine Versuche, alle erreichten Vereinbarungen zu revidieren oder überhaupt aufzuheben. Es wurden eine Menge Versuche festgestellt, den Friedensprozess zu sabotieren: Entlang der gesamten Kontaktlinie sind wieder zahlreiche Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung festzustellen, Geschosse zerstören Häuser friedlicher Einwohner, Schulen und andere Infrastrukturobjekte, die ukrainische Seite besetzt Ortschaften zwischen den Abgrenzungslinien, in denen unter anderem Bürger der Russischen Föderation leben; nach dem Willen der ukrainischen Regierung wurde ein Mitarbeiter und Vertreter der Lugansker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination festgenommen, während er seinen dienstlichen Obliegenheiten nachkam.

Die Vertreter der ukrainischen Seite in der Kontaktgruppe zur Regelung der Situation im Osten der Ukraine demonstrieren vorsätzlich ihre Unzuverlässigkeit und imitieren weiter die Arbeit zur Einhaltung des vereinbarten Waffenstillstands in der Donezker und Lugansker Oblast der Ukraine.

Aus humanitären Gründen hat die Russische Föderation seit 2014 eine Reihe von wesentlichen Maßnahmen zur Unterstützung der Einwohner der Donezker Volksrepublik und der Lugansker Volksrepublik ergriffen. Auf regelmäßiger Grundlage werden humanitäre Konvois mit Lebensmitteln, Baumaterialien, Medikamenten und Geschenken für Kinder aus Russland geschickt.

Die Abgeordneten der Staatsduma halten die Anerkennung der Donezker Volksrepublik und der Lugansker Volksrepublik für begründet und moralisch gerechtfertigt. In den letzten Jahren wurden auf Grundlage der allgemeinen Willensbekundung des Volks in den Republiken demokratische Organe und Staaten mit allen Attributen einer legitimen Staatsmacht aufgebaut.

Eine solche Anerkennung würde die Grundlagen dafür schaffen, um Sicherheitsgarantien und den Schutz ihrer Völker gegen äußere Bedrohungen und gegen die Umsetzung einer Politik des Genozids gegen die Einwohner der Republik zu gewährleisten sowie um den internationalen Frieden und die regionale Stabilität entsprechend der Ziele und Prinzipien der

Satzung der Organisation der Vereinten Nationen zu festigen, und sie würde eine Grundlage für den Prozess der internationalen Anerkennung beider Staaten legen.

Unter Berücksichtigung des oben Dargelegten wendet sich die Staatsduma der Föderationsversammlung der Russischen Föderation an Sie, sehr geehrter Wladimir Wladimirowitsch, mit der Bitte, die Frage der Anerkennung der Donezker Volksrepublik und der Lugansker Volksrepublik als selbständige, souveräne und unabhängige Staaten sowie die Frage einer schnellstmöglichen Durchführung von Verhandlungen mit der Führung der Donezker Volksrepublik und der Lugansker Republik zum Zweck der Schaffung einer juristischen Grundlage für zwischenstaatliche Beziehungen, die die Regelung aller Aspekte der Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterstützung einschließlich der Fragen der Sicherheit beinhalten, zu behandeln.

Der Vorsitzende der Staatsduma der Föderationsversammlung der Russischen Föderation
G. Sjaganow, W.I. Kaschin, Ju.W. Afonin, L.I. Kalaschnikow, Je. I. Bessonow, A.W. Kurinnyj, I.I. Melnikow, N.W. Kolomejzew, D.G. Nowikow, K.K. Tajsajew, N.I. Osadtschij

de.rt.com: **Nordkorea erwägt Wiederaufnahme unterbrochener Militäraktivitäten**

Die Staatsmedien des Landes berichteten über eine Politbürositzung der regierenden nordkoreanischen Arbeiterpartei, in der mit der Wiederaufnahme verschiedener militärischer Aktivitäten gedroht wurde. Begründet wurde dies unter anderem mit mutmaßlichen Verstößen der USA gegen Vereinbarungen.

Die nordkoreanische Regierung will die Verteidigung des Landes stärken und erwägt daher die Wiederaufnahme "aller vorübergehend unterbrochenen Aktivitäten", wie staatliche Medien Nordkoreas am Donnerstag mitteilten. Zwar wurden keine Einzelheiten genannt, jedoch vermuteten Medienanalysten, dass zu diesen Aktivitäten auch die Wiederaufnahme der Tests von Atomwaffen und Langstreckenraketen gehören könnte.

Am Mittwoch hielt der nordkoreanische Staatschef Kim Jong-un eine Sitzung des Politbüros der regierenden Arbeiterpartei ab, um wichtige politische Maßnahmen zu erörtern, darunter auch mögliche Maßnahmen gegen die "feindselige Politik und militärische Bedrohung" der Vereinigten Staaten, wie es in den staatlichen Medien heißt.

Das Politbüro untersuchte Möglichkeiten, "alle vorübergehend ausgesetzten Aktivitäten wieder aufzunehmen" und "sofort stärkere physische Mittel zu verstärken", um Vorbereitungen für eine "langfristige Konfrontation mit dem US-Imperialismus" zu treffen. Nordkoreanische Verantwortliche erklärten, die feindliche Militärstrategie der USA habe eine "Gefahrenlinie" erreicht, die nicht länger ignoriert werden könne. Sie verwiesen auf die gemeinsamen Militärübungen zwischen den USA und Südkorea, die in den letzten Jahren stattgefunden haben, darunter die jüngsten Luftübungen im November 2021.

Auch die von den USA unabhängig voneinander verhängten neuen Sanktionen, die zuletzt Mitte Januar beschlossen wurden, gäben aus nordkoreanischer Perspektive Anlass zur Sorge. In der Erklärung, die die nordkoreanische Nachrichtenagentur KCNA verbreitete, wurde auf die "jüngsten US-Aktivitäten" verwiesen, durch die Washington "leichtfertig und ohne Grund die legitime Ausübung der Souveränität durch die DVRK beanstandet" hätte. Konkret wurden "Hunderte von gemeinsamen Kriegsübungen" der südkoreanischen und US-Streitkräfte genannt, zu deren Beendigung Washington sich eigentlich im Rahmen der Gipfeltreffen zwischen Nordkorea und USA verpflichtet habe.

Die Ankündigung erfolgte im Vorfeld einer Dringlichkeitssitzung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, in der die von Nordkorea im Januar durchgeführten Raketentests erörtert werden sollen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61e989eab480cc390b460c2d.jpg>

de.rt.com: **Teheran: Iran und China blicken auf "neuen Horizont der Zusammenarbeit"**

Die Volksrepublik China und die Islamische Republik Iran haben in der letzten Zeit einige sehr bedeutende Dokumente zum weiteren Aufbau der gegenseitigen Beziehungen unterzeichnet. Diese sollen nun durch verschiedene Maßnahmen umgesetzt werden. Der Sprecher des iranischen Außenministeriums, Said Khatibzadeh, hat am Dienstag erklärt, dass Iran und China einem "neuen Horizont der Zusammenarbeit" entgegensehen würden. Das berichtete die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua. Zuvor hatten sich die Außenminister beider Staaten gegenseitig besucht, um die chinesisch-iranische Partnerschaft zu festigen.

Neben der geografischen Nähe zwischen Iran und China verbänden beide Staaten auch ihre Geschichte, Kultur und Politik sowie zwischenmenschliche Beziehungen. Das erklärte der iranische Diplomat in einem Interview mit Xinhua. Beide Nationen seien seit der Antike durch die Seidenstraße miteinander verbunden.

Insbesondere die Einleitung der umfassenden strategischen Partnerschaft im Januar 2016 stelle einen "sehr wichtigen Moment und Wendepunkt" hinsichtlich der "Schaffung neuer Säulen der bilateralen Beziehung" dar, so Khatibzadeh.

Im letzten Jahr hatten beide Länder bei dem Besuch des chinesischen Außenministers Wang Yi in Teheran, anlässlich des 50. Jahrestages der Aufnahme bilateraler diplomatischer Beziehungen, einen umfassenden Plan der Zusammenarbeit unterzeichnet. Der iranische Außenminister Hossein Amir-Abdollahian besuchte seinerseits China Mitte Januar. Damit leiteten Teheran und Peking nach einer, wie es Khatibzadeh beschrieb, "sehr umfassenden und langen Diskussion" zwischen Amir-Abdollahian und Wang die Umsetzung des auf 25 Jahre ausgelegten Planes ein.

Angesichts der jüngsten Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen hätten Teheran und Peking jetzt eine gute Ausgangslage, um weitere Details zu klären. Es gehe darum, wie sie ihren Konsens in verschiedenen Bereichen umsetzen könnten, so Khatibzadeh.

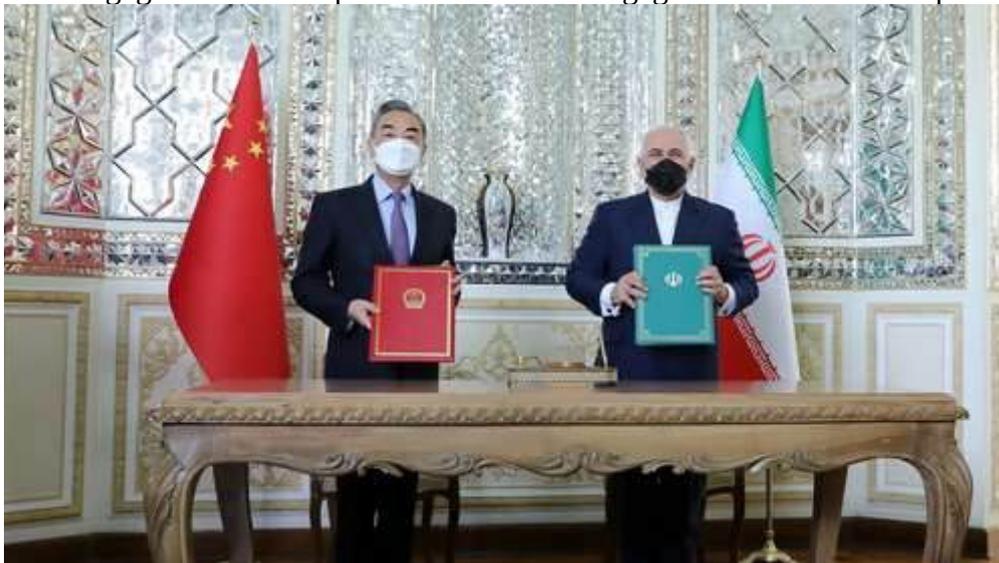
Iran habe China stets bei seinen Kerninteressen unterstützt, etwa im Hinblick auf die Ein-China-Politik. Demgegenüber habe China seinerseits Iran in verschiedenen Bereichen geholfen, etwa mit der Unterstützung bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie in einer sehr schwierigen Zeit.

Die bilateralen Beziehungen würden nicht nur den beiden Staaten nützen, sondern auch der Region, und darüber hinaus der ganzen Welt. Gemeinsam wollen die beiden Nationen dem Unilateralismus und der "Politik der Einschüchterung, die Washington in der internationalen Arena zu diktieren versucht", die Stirn bieten.

Khatibzadeh verwies zudem auf die Notwendigkeit, im Rahmen der öffentlichen Diplomatie die zwischenmenschlichen Beziehungen und den Austausch zu berücksichtigen und sorgfältig zu gestalten. Beide Länder hätten sich dafür entschieden, ihre Völker zusammenzubringen. Chinesen und Iraner müssten sich gegenseitig besser verstehen.

China und Iran haben eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um die interkulturellen Beziehungen zu fördern. So benötigen etwa chinesische Touristen für Iran-Reisen keine Visa mehr. In Iran werden jetzt in den Kinos zunehmend chinesische Filme aufgeführt, und an den Universitäten Chinesischkurse angeboten. Es gebe einen regen Austausch zwischen den Institutionen beider Ländern. Zum Zwecke eines verstärkten kulturellen Austauschs seien auch verschiedene Messen und Feste geplant, die in beiden Ländern durchgeführt werden sollen.

Ein weiteres Feld der Zusammenarbeit seien die gemeinsamen Anstrengungen gegen die Desinformationskampagnen der USA und anderer westlicher Staaten. Den diese richteten sich sowohl gegen die Volksrepublik China als auch gegen die Islamische Republik Iran.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61e951cdb480cc0692054fe1.jpg>

snanews.de: **Ukraine soll an Zertifizierungsverfahren für Nord Stream 2 teilnehmen – Energieminister**

Die Ukraine wird sich laut dem Energieminister des Landes, German Galuschtschenko, am Zertifizierungsverfahren für die Nord Stream 2-Gaspipeline beteiligen.

„Es wurde beschlossen, dass die Ukraine in das Zertifizierungsverfahren für Nord Stream 2 einbezogen wird, sobald sich die Europäische Kommission mit dieser Frage beschäftigen wird. Dies ist die offizielle Stellungnahme, die wir heute erhalten haben, dafür bin ich unseren Partnern sehr dankbar“, sagte Galuschtschenko am Donnerstag im ukrainischen Fernsehen. Das Projekt Nord Stream 2 umfasst den Bau von zwei Strängen der Pipeline mit einer Gesamtkapazität von 55 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr. Die beiden Stränge sind nun einsatzbereit, doch die für ihre Inbetriebnahme erforderliche Genehmigung der Bundesnetzagentur steht weiterhin aus.

Die Pipeline wird seit langem von den USA, dem EU-Mitgliedstaat Polen und der Ukraine scharf kritisiert. Sie befürchten eine zu große Abhängigkeit von Russland bei der Energieversorgung. Moskau betonte bereits mehrmals, dass Nord Stream 2 ein rein kommerzielles Projekt sei, das sowohl für Russland als auch für die EU vorteilhaft sei. Der Kreml rief wiederholt die westlichen Länder dazu auf, das Projekt nicht zu politisieren.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/06/06/2392650_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_2efb7a268b45b22134088970a843da90.jpg

snanews.de: **OSZE-Botschafter: USA intensivieren Aufklärungsflüge über Ukraine**

Transport- und Aufklärungsflugzeuge des US-Militärs tauchen laut dem Ständigen Vertreter Russlands bei der OSZE, Alexander Lukaschewitsch, immer häufiger über der Ukraine auf. Lukaschewitsch äußerte sich besorgt wegen Berichten, dass einige Nato-Mitgliedstaaten verstärkt tödliche Waffen und militärisches Personal in die Ukraine verlegen. Erst diese Woche seien mehrere britische Militärflugzeuge mit vielen Lenkwaffensystemen in Kiew gelandet, sagte er.

„US-Militärtransport- und Aufklärungsflugzeuge tauchen zunehmend am Himmel über der Ukraine auf. In den kommenden Wochen plant Washington nach Angaben des US-Außenministeriums, seine Militärhilfe für die Ukraine aufzustocken. Darüber hinaus haben die Vereinigten Staaten Hindernisse für den Reexport ihrer Raketensysteme und anderer Waffen aus den baltischen Staaten in die Ukraine beseitigt“, so Lukaschewitsch.

Russland sei ebenso besorgt über die Angaben über die Verlegung eines Kontingents kanadischer militärischer Spezialeinheiten in die Ukraine und die mögliche Entscheidung über die Entsendung neuer Waffen.

Er erinnerte daran, wie Washington in den vergangenen Monaten den Mythos über eine angebliche „bevorstehenden Invasion“ Russlands verbreitete. „Alle diese Zweckklügen zielen darauf ab, den Boden für die Intensivierung der militärischen Aneignung der Ukraine durch die Nato-Staaten vorzubereiten, sie zu untermauern“, schloss der OSZE-Botschafter. ...



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/03/10/1315947_0:0:2900:1631_1920x0_80_0_0_ad5fc7b93c07527a562e4efe98194689.jpg

de.rt.com: **Fraktionschef der ukrainischen Regierungspartei kritisiert westliche Medien: Verbreiten nur Gerüchte**

David Arachamia, der Vorsitzende der Fraktion "Diener des Volkes" im ukrainischen Parlament, wundert sich über die Berichterstattung der westlichen Medien. Die Bedrohung durch eine russische Invasion sei nicht schlimmer als im vergangenen Jahr, so Arachamia. Laut dem Vorsitzenden der Fraktion "Diener des Volkes" im ukrainischen Parlament, David Arachamia, verbreiten die westlichen Medien allenfalls Gerüchte über eine mögliche russische Invasion. Die Partei "Diener des Volkes" wurde 2017 von Selenskij im Vorfeld seiner Kandidatur für das Präsidentenamt gegründet. Sie ist nach der beliebten Comedy-Show benannt, in der er vor Beginn seiner politischen Karriere mitwirkte.

In einem Gespräch mit dem ukrainischen Magazin Focus sagte Arachamia am Mittwoch, dass derartige Behauptungen über eine Invasion auch nicht neu seien:

"Es gibt immer eine Bedrohung von außen. Aber! Erinnern Sie sich an die Eskalation im letzten Frühjahr? Die heutige Situation ist nicht schlimmer als die damalige – sie bewegt sich ungefähr in der gleichen Größenordnung."

Arachamia ist auch Mitglied des Ausschusses für nationale Sicherheit, Verteidigung und Nachrichtendienste der Werchowna Rada. Der Politiker ergänzte:

"Warum machen die westlichen Medien eine so große Sache daraus? Das ist schwer zu sagen."

Und weiter:

"Wir müssen auf alles gefasst sein, dürfen aber keine Panik schüren."

Zwar gebe es keine russische Offensive. Aber die Auswirkungen der Angstmacherei der Medien seien mittlerweile spürbar, so Arachamia weiter:

"Wenn sie Fake News darüber verbreiten, dass die russische Botschaft Familien (aus der Ukraine) abzieht, können wir bereits sehen, wie sich dies auf die wirtschaftliche Situation auswirkt."

Arachamias Äußerungen beziehen sich auf eine regelrechte Medienkampagne des Westens, die seit Monaten vor einer "russischen Invasion in der Ukraine" warnt. Am Montag hatte die New York Times behauptet, Moskau habe damit begonnen, eine Reihe von Diplomaten und ihre Familien aus der Ukraine abzuziehen.

Das russische Außenministerium hatte den Bericht umgehend zurückgewiesen und erklärt, die Moskauer Botschaft in Kiew arbeite "normal". Allerdings sei die Zahl der Mitarbeiter verringert worden. Die Sprecherin des Außenministeriums, Maria Sacharowa, warf den ausländischen Medien vor, die Realität zu verdrehen:

"Sie tun dies trotz der Angriffe auf russische Mitarbeiter des Auslandsdienstes durch ukrainische Radikale und trotz der Provokationen örtlicher Sicherheitskräfte. Aber die amerikanischen Medien haben darüber nicht berichtet und werden es auch nicht tun."

Der Kreml hat wiederholt Anschuldigungen zurückgewiesen, er plane eine Invasion.

Pressesprecher Dmitri Peskow bezeichnete diese als "unbegründet" und als Ausdruck von "Hysterie", die sich in der Presse ausbreite. Peskow hatte zuvor erklärt, dass die Bewegung der Streitkräfte Russlands auf seinem eigenen Territorium eine interne Angelegenheit sei, die niemanden etwas angehe.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61e92342b480cc4039077f2f.jpg>

vormittags:

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 20. Januar 2022 wurde keine Verletzung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.rt.com: Gazprom: Zwei Drittel des Gases aus europäischen Speichern bereits entnommen

Zwei Drittel des im Jahr 2021 geförderten Gases sollen aus europäischen Speichern bereits entnommen worden sein. Dies erklärte der russische Energiekonzern Gazprom. Aktuell befinden sich in europäischen Speichern 49,07 Milliarden Kubikmeter Gas.

Die europäischen Länder haben bereits zwei Drittel des im vergangenen Jahr geförderten Gases aus ihren unterirdischen Gasspeichern (UGSF) entnommen. Dies betrage fast 32 Milliarden Kubikmeter, so der russische Energiekonzern Gazprom in einer Erklärung: "Insgesamt wurden aus den europäischen Gasspeichern bereits zwei Drittel des Gases, das im letzten Jahr gepumpt wurde, entnommen. Mit Stand vom 18. Januar erreichte die Entnahme 66,5 Prozent oder 31,8 Milliarden Kubikmeter Gas."

Nach Angaben von Gas Infrastructure Europe (GIE), des Verbandes der europäischen Gasinfrastrukturbetreiber, soll die Auslastung der UGSF in Deutschland am 18. Januar unter 45 Prozent gesunken sein – auf 44,7 Prozent.

Laut GIE soll die Gesamtauslastung der unterirdischen Speicher in Europa am 18. Januar auf 45,45 Prozent gesunken sein. Derzeit befinden sich rund 49,07 Milliarden Kubikmeter Gas in europäischen Speichern. Das sind 16,25 Milliarden Kubikmeter weniger als im Jahr 2021. Die Entnahme von Gas aus unterirdischen Gasspeichern in Europa betrug am 18. Januar 785,15 Milliarden Kubikmeter. Seit Anfang Januar wurden bereits rund 10,5 Milliarden Kubikmeter Gas aus den Speichern entnommen, was der dritthöchste Wert für diesen Zeitpunkt seit Aufnahme der Zählungen im Jahr 2011 ist.

In den ukrainischen Untertagespeichern sanken die Gasreserven auf 12,6 Milliarden Kubikmeter. Das sind 44,2 Prozent oder zehn Milliarden Kubikmeter weniger als im Vorjahr und 2,7 Milliarden Kubikmeter weniger als zum Zeitpunkt des Lieferbeginns im April 2021.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61e95c4648fbef4cb5357422.jpg>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 20. Januar 3:00 Uhr bis 21. Januar 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im GZKK vier Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Ortschaften: **Spartak, Donezk (Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Nowolaspa.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU eingesetzten Geschosse beträgt 59.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurde eine Verletzung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snews.de: USA erlauben baltischen Ländern Lieferung von Panzer- und Flugabwehrwaffen an Ukraine

Die Vereinigten Staaten haben Estland, Litauen und Lettland die Genehmigung erteilt, Waffen aus US-Produktion an die Ukraine zu liefern. Dies berichtet die Zeitung „The Wall Street Journal“ unter Verweis auf US-Regierungsbeamte.

Die Entscheidung ermöglicht es demnach den drei baltischen Nato-Mitgliedern, Panzerabwehrwaffen des Typs Javelin und Flugabwehrsysteme von dem Typ Stinger für die ukrainischen Streitkräfte zu liefern.

Nach Angaben der US-Beamten informierte die Administration Biden außerdem den Kongress über ihre Absicht, der Ukraine fünf Mi-17-Transporthubschrauber zukommen zu lassen. Die in Russland hergestellten Hubschrauber waren demnach ursprünglich für das afghanische Militär bestimmt und wurden in der Ukraine repariert.

„Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten und Partner stehen zusammen, um die Sicherheitshilfe für die Ukraine voranzutreiben“, zitiert die Zeitung einen Sprecher des US-Außenministeriums. Jedoch habe es der Beamte abgelehnt, Details über die Lieferungen aus den baltischen Staaten preiszugeben.

Die USA können verschiedene Mechanismen einsetzen, um Kiew Hilfe zu leisten. Unter anderem kann Washington seinen Verbündeten erlauben, Ausrüstungsgegenstände aus den USA zu liefern. Im Einklang mit der Exportkontrollregelung erfordert diese Maßnahme eine Genehmigung des Außenministeriums.

Die Regierung Trump hatte bereits Javelin-Panzerabwehrraketen an die Ukraine geliefert. ...



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/15/5082100_0:104:2000:1229_1920x0_80_0_0_3c4fc626861db5c4f5fde880bc2e93a0.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 21. Januar um 9:00 Uhr 22.117 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. 439 Personen sind derzeit erkrankt, 18.542 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 3136 Todesfälle.

snnews.de: **Dutzende IS-Terroristen fliehen aus Gefängnis im Norden Syriens**

Mindestens 20 IS-Terroristen sind am Donnerstag aus einem Gefängnis in der Stadt Al-Hasaka im Norden Syriens ausgebrochen. Die von der kurdischen YPG-Miliz angeführten Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF), die die Stadt kontrollieren, fahnden nach den flüchtigen Häftlingen.

Wie der TV-Sender Al-Mayadeen berichtet, haben Komplizen der Terroristen zwei Autobomben am Eingang des Gefängnisses gezündet, um ihnen die Flucht zu erleichtern. Die SDF hätten das ganze Viertel, wo sich das Gefängnis befindet, gesperrt. Am Himmel seien Hubschrauber der US Air Force zu beobachten.

„Die Kräfte der internen Sicherheit konnten mit Unterstützung der SDF die Situation in der Umgebung des Gefängnisses stabilisieren, wo IS-Terroristen versuchten, einen Aufruhr herbeizuführen“, verlautete es aus einer Erklärung der SDF.

Nach Angaben der kurdischen Nachrichtenagentur Firat sind die aus dem Gefängnis geflohenen Terroristen bewaffnet. Es sei zu Kämpfen zwischen ihnen und der Wache gekommen, außerdem habe man Granatenexplosionen vernommen. Bisher liegen keine Informationen darüber vor, ob die Häftlinge die Stadt verlassen konnten. Das SDF-Kommando entsandte Elite-Spezialeinheiten dorthin. Sie sollen die Terroristen verfolgen, die nun versuchten, in naheliegende Gebiete vorzudringen.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/15/5083187_0:0:3109:1748_1920x0_80_0_0_5ab9a5ebe5c6129ed040d54de2ccd153.jpg

Mzdnr.ru: Am 20. Januar wurden in der DVR 1543 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 265 positiv, bei 20 Patienten wurde die Diagnose COVID-19 klinisch gestellt.

In den letzten 24 Stunden wurden 41 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 9 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 28 ins Krankenhaus eingewiesen.

Insgesamt sind 619 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 424 mit Sauerstoffunterstützung (+9 in den letzten 24 Stunden).

Am 21. Januar um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 121.555 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

2884 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 109.192 als gesund entlassen, es gibt 9479 Todesfälle.

snanews.de: **Acht Jahre Ukraine-Krise: Duma berät über Anerkennung von Donbass-Republiken**

Fast acht Jahre nach Beginn des Konfliktes in der Ost-Ukraine haben russische Abgeordnete eine Anerkennung der selbsternannten „Volksrepubliken“ Donezk und Lugansk als unabhängige Staaten gefordert. Die Staatsduma, das Parlamentsunterhaus in Moskau, will nun prüfen, ob sie deshalb einen offiziellen Appell an Staatschef Wladimir Putin richten muss. Die Kommunistische Partei KPRF hatte am Mittwoch den Entwurf eines Appells an Präsident Putin vorgelegt, in dem dieser aufgerufen wird, die „Volksrepubliken“ Donezk und Lugansk als staatlich unabhängig anzuerkennen. Die beiden im ostukrainischen Kohlerevier Donbass liegenden Regionen werden seit dem Frühjahr 2014 nicht mehr von der Regierung in Kiew kontrolliert. Ihre Anerkennung würde zur Sicherheit der dort lebenden Menschen beitragen, begründete die KPRF.

Der Duma-Vorsitzende Wjatscheslaw Wolodin will nun auf die Anregung der KPRF eingehen und hat für die nächste Woche Beratungen mit den Fraktionschefs angekündigt. Nach seinen Angaben hat bereits die sozialistische Partei „Gerechtes Russland“ (SR) ihre Unterstützung für den Entwurf angedeutet. Die KPRF und SR haben zusammen 85 der 450 Sitze in der Duma inne.

Deshalb werde diese Initiative in der nächsten Woche zuerst mit den Fraktionsleitern erörtert werden, schrieb Wolodin am Freitagvormittag auf seinem Telegram-Kanal. Danach werde sich der Rat der Staatsduma damit beschäftigen.

Zugleich beschuldigte der Duma-Chef den ukrainischen Präsidenten, Wladimir Selenski, „die Minsker Abkommen zu ignorieren“. Die international vermittelten Vereinbarungen aus dem Jahr 2015 haben eine friedliche Lösung des Donbass-Konfliktes zum Zweck. Außerdem „will

die Nato die Ukraine okkupieren“, fügte Wolodin hinzu: „Beides kann zu einer Tragödie führen. Wir dürfen das nicht zulassen.“ Es müsse deshalb nach Lösungen gesucht werden, um „die Sicherheit unserer Bürger und Landsleute in der DVR und LVR zu gewährleisten“, so der Duma-Chef.

Kreml will sich nicht äußern

Putins Sprecher Dmitri Peskow wollte die Anregung der KPFR am Donnerstag nicht kommentieren: Er könne keine Stellungnahmen abgeben, bevor die Staatsduma darüber abgestimmt habe. Bisher hat die Regierung in Moskau immer wieder betont, die ukrainischen Grenzen zu respektieren wie sie sich nach der Abspaltung der Schwarzmeerhalbinsel Krim im März 2014 etabliert haben.

Die ukrainische Regierung hatte im April 2014 Truppen in östliche Regionen um Donezk und Lugansk geschickt, weil diese nach dem Februar-Umsturz in Kiew ihre Unabhängigkeit erklärt hatten. Der seitdem schwelende militärische Konflikt zwischen Kiew und den sogenannten Volksrepubliken Donezk (DVR) und Lugansk (LVR) hat nach UN-Angaben mindestens 13.000 Menschen das Leben gekostet. Unter Vermittlung der Minsker Kontaktgruppe vereinbarten die Konfliktparteien seit September 2014 dreimal einen Waffenstillstand, der jedoch nie eingehalten wurde. In den westlichen Staaten werden zuletzt Stimmen laut, die Waffenlieferungen an Kiew fordern.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/15/5084652_0:278:3147:2048_1920x0_80_0_0_0013487ca38090b0c3f6ba97d1f2e585.jpg

Armiyadnr.su: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR Oberst E. Basurin

Das Kommando der Volksmiliz der DVR stellt die **Vorbereitung der Einheiten der bewaffneten Formationen der Ukraine zur Entfaltung von aktiven Kampfhandlungen** im Donbass fest.

Die entstehende Lage wird aufgrund der folgenden Aufklärungsinformation ersichtlich: An der Eisenbahnstation in Krasnoarmejsk (ukr. Pokrowsk) wurden sechs Mehrfachraketenwerfer „Smertsch“ und zwei Mehrfachraketenwerfer „Uragan“ mit Kassettenmunition entladen.

In den letzten zwei Wochen ist die Ankunft von nationalistischen Einheiten des „Rechten Sektors“ in der Zone der sogenannten „Operation der vereinigten Kräfte“ (in den Gebieten von Schumy, Marjinka, Taramtschuk und Tschermalyk) sowie von Scharfschützen aus dem 74. Aufklärungsbataillons und der Spezialeinheit des SBU „Alpha“ festzustellen. An der ganzen Kontaktlinie ist eine Verstärkung der Aufklärungsaktivität des Gegners unter Einsatz von Drohnen festzustellen.

Es erfolgt eine aktive Auffüllung von Munition in den Feldartillerielagern in der OOS-Zone,

eine aktive Lieferung verschiedener Munition in das Lager im Gebiet von Dobropolje ist festzustellen.

Auf dem Übungsplatz Anadol erfolgt auf Basis der 25. Brigade der ukrainischen Streitkräfte eine verstärkte Ausbildung von Einheiten für ABC-Schutz, im Zusammenhang damit besteht die Wahrscheinlichkeit, dass der Gegner Provokationen unter Einsatz der chemischen Stoffe, die Ende 201 nach Awdejewka und Krasnyj Liman geliefert worden sind, durchführt.

Außerdem bringen in der letzten Zeit NATO-Länder aktiv verschiedene Waffen und Militärtechnik auf das Territorium der Ukraine. Allein in den letzten Tagen sind 9 C-17-Flugzeuge aus Großbritannien eingetroffen, die mehr als 460 Tonnen verschiedener tödlicher Waffen geliefert haben, darunter etwa 1000 Antipanzergrenatwerfer „NLAW“.

Die NATO-Länder haben mehrfach erklärt, dass alle in die Ukraine gelieferten Waffen nicht für den Einsatz in der sogenannten „Zone der vereinigten Kräfte“ vorgesehen ist. Gleichzeitig hat die Volksmiliz der DVR zuverlässige Informationen erhalten, dass in der OOS-Zone eine große Partie Antipanzergrenatwerfer „NLAW“ eingetroffen ist, die für die Ausrüstung der Truppenteile der ukrainischen Streitkräfte an der Kontaktlinie vorgesehen sind.

Nach uns vorliegenden Informationen sollen diese Mittel von Sturmgruppen der 25. und 95. Luftlandebrigade der ukrainischen Streitkräfte und sogenannten „nationalistischen Bataillone“ bei Kampfhandlungen zur Einnahme von Ortschaften der Donezker und der Lugansker Volksrepublik eingesetzt werden.

Zuvor hatten britische Militärinstrukteure bereits Mannschaften für den Einsatz der genannten Antipanzergrenatwerfer ausgebildet. Deren Ausbildung erfolgte im 199. Ausbildungszentrum der ukrainischen Streitkräfte in der Oblast Shitomir.

Die Verlegung von Antipanzergrenatwerfern „NLAW“ und anderer tödlicher Waffen durch das ukrainische Militärkommando und die Ankunft nationalistischer Bataillone an der Kontaktlinie bestätigt ein weiteres Mal die Vorbereitung der ukrainischen Armee auf aktive Kampfhandlungen im Donbass.

Wir rufen die westlichen Staaten auf, die Lieferung von tödlichen Waffen an die Ukraine zu stoppen und die Kiewer Regierung zu zwingen, das Paket der Minsker Vereinbarungen umzusetzen.

nachmittags:

snanews.de: Moskau: Nato setzt die blockfreien Staaten Schweden und Finnland unter Druck

Russland hat die von der Nato angekündigte Bereitschaft zur Eingliederung von Schweden und Finnland kritisiert. Angesichts der Spannungen der Nato mit Russland hatte der Generalsekretär der Allianz, Jens Stoltenberg, den beiden nordeuropäischen Ländern eine schnelle Aufnahme in Aussicht gestellt.

Die Äußerungen des Nato-Generalsekretärs seien ein „unverhüllter Versuch, die Politik Finnlands und Schwedens unter Druck zu setzen“, kommentierte das russische Außenministerium am Freitag.

Außenminister Sergej Lawrow hatte zuvor gesagt, dass Moskau die Souveränität von Finnland und Schweden respektiere. Russland verbinde eine langjährige Freundschaft mit den beiden blockfreien Ländern, bekräftigte das russische Außenministerium. Moskau schätze deren Beitrag zur europäischen Sicherheit. Angesichts der aktuellen Turbulenzen sei der blockfreie Status der beste Weg für Staaten, die ihre Sicherheit gewährleisten wollten.

Bei den aktuellen Sicherheitsgesprächen mit der Nato gehe es Russland vor allem darum, dass das westliche Militärbündnis auf eine weitere Ausdehnung nach Osten verzichte, keine Angriffswaffen in der Nähe der russischen Grenzen stationiere und zum Stand von 1997 zurückkehre, als die Russland-Nato-Grundakte unterzeichnet worden war, erklärte das Außenministerium.

Letzteres setze unter anderem einen Abzug der Nato-Truppen aus Bulgarien und Rumänien voraus, die erst später der Allianz beigetreten seien. Das sei in den beiden Entwürfen für Sicherheitsabkommen mit den USA und Nato festgehalten, die Moskau Ende 2021 vorgelegt hatte.

Russland sieht sich durch das Heranrücken der Nato an seine Grenzen bedroht und hat deshalb von der Allianz verbindliche Sicherheitsgarantien gefordert. Unter anderem geht es darum, dass die Nato weder die Ukraine noch andere postsowjetische Staaten eingliedern soll. Außerdem sind gegenseitige Sicherheitsgarantien wie die Nichtstationierung von Kurz- und Mittelstreckenraketen in der Reichweite voneinander vorgesehen.

In der vergangenen Woche wurde darüber bei einem russisch-amerikanischen Treffen in Genf und beim Russland-Nato-Rat in Brüssel diskutiert. Beide Gesprächsrunden gingen ohne Ergebnis aus.



https://cdn1.snnews.de/img/07e4/0c/01/46355_0:0:2955:1663_1920x0_80_0_0_e1310be91761f66c9985986a9c6ad341.jpg

de.rt.com: **Britische Medien berichten über Entsendung von Spezialeinheit zur Panzerabwehr in die Ukraine**

Der Sender Sky News berichtet, dass Großbritannien etwa 30 Militäranghörige der Spezialeinheiten in die Ukraine verlegt hat. Sie wurden dorthin entsandt, um die ukrainischen Streitkräfte im Umgang mit neuen Panzerabwehrwaffen zu schulen. Zuvor waren bereits 2.000 derartige Waffen dorthin gesandt worden.

Etwa 30 Militäranghörige der britischen "Army Special Operations Brigade" seien in der Ukraine eingetroffen, um die ukrainischen Streitkräfte auszubilden. Das ukrainische Militär werde im Umgang mit den Panzerabwehrwaffen geschult, die Großbritannien in die Ukraine geliefert hatte. Dazu wurden in dieser Woche bereits 2.000 derartige Waffen transportiert, berichtete der Nachrichtensender Sky News.

Der Sender berichtete auch, dass Flüge von Aufklärungs- und Transportflugzeugen zwischen dem Vereinigten Königreich und der Ukraine "entdeckt" worden seien. So konnten Flugverfolgungsprogramme beispielsweise ein C-17-Transportflugzeug der britischen Luftwaffe, das zwischen dem Vereinigten Königreich und der Ukraine unterwegs war, nachverfolgen. Nach Angaben von Sky News fanden seit dem 17. Januar mehrere derartige Flüge statt.

Zuvor hatte bereits der Daily Express berichtet, der britische Special Air Service (SAS) sei bereit, britische Beamte aus der Ukraine zu evakuieren, falls Russland dort einmarschieren sollte. Die Entscheidung, eine Evakuierungsstrategie vorzubereiten, wurde nach einer Erklärung des britischen Verteidigungsministers Ben Wallace getroffen. Er hielt es demnach für höchst unwahrscheinlich, dass britische Truppen auf ukrainischem Territorium gegen russische Truppen kämpfen würden.

Das britische Militär bildet neben polnischen, US-amerikanischen und kanadischen Militärs ebenfalls ukrainische Streitkräfte aus und berät sie, so die Zeitung weiter.

Die britische Außenministerin Liz Truss warnte Russland, dass eine Invasion in die Ukraine zu einem schrecklichen Abgrund und zum Verlust von Menschenleben führen würde, und forderte ihrerseits den russischen Präsidenten Wladimir Putin auf, von einem solchen großen strategischen Fehler abzusehen. London werde gemeinsam mit seinen Verbündeten die Ukraine weiterhin unterstützen, betonte Truss.

Russland dementierte wiederholt die Unterstellung angeblicher Pläne für eine Invasion in der Ukraine. Im Kreml bezeichnet man derartige Berichte als inhaltsleeres und unbegründetes Anheizen der ohnehin bestehenden Spannungen. Putin wies darauf hin, dass vielmehr die aktive militärische Erschließung des ukrainischen Territoriums durch die NATO eine Bedrohung für die Sicherheit Russlands seinerseits darstelle. ...



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61ea8f75b480cc68b95efa71.jpg>

wpered.su: **In Donezk fand eine Niederlegung von Blumen am Lenin-Denkmal statt**

Am 21. Januar fand anlässlich des 98. Todestages des Begründers der Kommunistischen Partei der Sowjetstaates auf dem zentralen Platz von Donezk eine Niederlegung von Blumen am Denkmal für W.I. Lenin statt. Die Veranstaltung fand auf Initiative des ZK der KP der DVR statt, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

An der Gedenkaktion nahmen Vertreter der Kommunistischen Partei der Donezker Volksrepublik, des Leninschen Kommunistischen Jugendverband, der Union sowjetischer Offiziere, der gesellschaftlichen Bewegung „Frauenverband – Nadeshda Donbassa“, der Volkspatriotischen Union der DVR und linkspatriotischer Organisationen der DVR teil. Bei der Veranstaltung sprach der Erste Sekretär des ZK der KP der DVR Boris Litwinow. „Lenin – das ist nicht einfach unsere große Geschichte. Er ist unsere Kraft und Wahrheit, das Bestreben des Volks zu einer Gesellschaft der sozialen Gerechtigkeit. Die Sache Lenins lebt im Donbass und wird immer leben, weil der Donbass ein proletarisches Gebiet ist. Das Erbe und das Vorbild Lenins wird immer mit dem arbeitenden Volk des Donbass sein, als Leitstern, der den Weg zu revolutionären Siegen und sozialen Umgestaltungen erhellt“, sagte er. Die Teilnehmer an der Aktion machten deutlich, dass sie die Entscheidung der KPRF, einen Entwurf eines Aufrufs an den Präsidenten der RF W.W. Putin über die Notwendigkeit der Anerkennung der DVR und der LVR in die Staatsduma einzubringen, begrüßen. An diesem Tag fanden auch in anderen Städten, Ortschaften und Dörfern der DVR Blumenniederlegungen an Denkmälern für W.I. Lenin statt.



<http://wpered.su/wp-content/uploads/2022/01/Lenin-3.jpg>

snanews.de: **Gemeinsame Übung im Februar: Russland verlegt zwei S-400-Bataillone nach Belarus**

Im Rahmen des gemeinsamen Militärmanövers mit Belarus hat Russland begonnen, zwei Bataillone des Luftabwehr-Raketensystems vom Typ „S-400 Triumph“ in das Nachbarland zu verlegen. Das geht aus einem Bericht des russischen Verteidigungsministeriums hervor. Demnach sind Raketensysteme, die an der Überprüfung der Alarmbereitschaft der Streitkräfte des Unionsstaates im Gebiet Chabarowsk beteiligt waren, auf Bahnsteige verladen worden. Nach der Ankunft werde das russische Militär „im Rahmen des einheitlichen regionalen Luftverteidigungssystems von Belarus und Russland“ den Kampfdienst in der Luftverteidigung aufnehmen.

Zwei Etappen der Überprüfung

Die Überprüfung der Alarmbereitschaft der Streitkräfte wird in zwei Etappen verlaufen. In der ersten – bis zum 9. Februar – sollen die schnellstmögliche Verlegung und Schaffung von Truppengruppierungen (Kräften) auf dem belarussischen Territorium sowie die Organisation des Schutzes und der Verteidigung wichtiger staatlicher und militärischer Einrichtungen erfolgen.

Auch muss der Schutz der Staatsgrenze im Luftraum gewährleistet sowie die Bereitschaft und Fähigkeit der diensthabenden Luftverteidigungskräfte zur Erfüllung der Aufgaben zur Abdeckung wichtiger Objekte auf dem Territorium der Republik Belarus überprüft werden. Während der zweiten Phase – nämlich von 10. bis 20. Februar – wird die gemeinsame Übung „Bündnisentschlossenheit-2022“ durchgeführt. In ihrem Rahmen würden Aufgaben zur Eindämmung und Abwehr der Aggressionen von außen sowie zur Bekämpfung des Terrorismus ausgeführt.

Geplant ist unter anderem, Grenzabschnitte in eventuellen Richtungen eines illegalen Eindringens von Militanten nach Belarus zu stärken und Routen für eine Waffen- und Munitionslieferung zu sperren.

„Bündnisentschlossenheit-2022“

Die Übung „Bündnisentschlossenheit-2022“ soll im Februar im Westen an der Grenze der Nato-Mitglieder Polen und Litauen und im Süden an der Grenze zur Ukraine stattfinden. Die zahlenmäßige Stärke der Übungsteilnehmer sowie die Zahl der Hauptwaffensysteme werden nach den Angaben des Außenministeriums die Parameter nicht überschreiten, die durch das Wiener Dokument (der Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen) vom Jahr 2011 festgelegt und meldepflichtig sind.

Darüber hinaus sollen laut dem stellvertretenden russischen Verteidigungsminister, Alexander Fomin, zwölf Su-35-Flugzeuge, zwei Abteilungen von S-400-Fla-Raketenkomplexen und ein Flugabwehrsystem Panzir-S in den Übungsraum verlegt werden.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/15/5084739_3:0:3351:1883_1920x0_80_0_0_8f12a35a5637b3e6105e187f7b158834.jpg

de.rt.com: Sacharowa über Russland-Bericht des US-Außenministeriums: "Orwells Ministerium für Wahrheit"

Maria Sacharowa zieht zwischen dem US-Außenministerium und dem "Ministerium für Wahrheit" aus dem Roman von George Orwell "1984" interessante Parallelen. Das US-Außenministerium besteht darauf, dass ethnische Russen in der Ukraine nicht unterdrückt werden.

Das US-Außenministerium hat einen Artikel über angebliche russische Desinformationen bezüglich der Ukraine veröffentlicht, die laut der russischen Außenamtssprecherin Maria Sacharowa "Passagen mit einfach unmenschlichen Lügen" enthalten. Darüber schrieb Sacharowa auch am Freitag auf ihrem Telegram-Kanal.

Maria Sacharowa zeigte sich absolut nicht einverstanden damit, dass es aus Sicht des US-Außenministeriums keine Umkreisung Russlands durch NATO-Stützpunkte gebe. Besonders empört war sie über die Argumentation der USA. Sacharowa wörtlich:

"Die von amerikanischen Diplomaten vorgelegten Beweise sind genial: Von Russlands 20.000 km langen Landgrenze liegen nur 1.200 km an der Grenze zum NATO-Gebiet; von Russlands 14 Nachbarländern sind nur fünf NATO-Mitglieder. Was für eine Art von Umkreisung ist das, wenn man sich aus dieser befreien kann."

Darüber hinaus wies die Sprecherin des russischen Außenministeriums auf die These der USA hin, dass "es keine glaubwürdigen Berichte darüber gibt, dass ethnische Russen oder russischsprachige Menschen von der ukrainischen Regierung bedroht wurden". Dabei erinnerte Maria Sacharowa daran, dass der ehemalige Innenminister der Ukraine Arsen Awakow im Jahr 2014 russischen Journalisten direkt mit einem Gewaltakt gedroht hatte. Das sei erst der Anfang gewesen, so Sacharowa.

Im Jahr 2021 hatte das ukrainische Parlament Werchowna Rada ein Stammvölker-Gesetz angenommen, welches besagt, dass die Russen nicht zu den Stammvölkern der Ukraine gehören. Damals kritisierte Wladimir Putin die Idee, die Völker des Landes in Stammvölker und Nicht-Stammvölker einzuteilen.

Bereits in diesem Jahr wurde ein weiteres Gesetz in der Ukraine verabschiedet, das nun alle Printmedien verpflichtet, in ukrainischer Sprache zu berichten. In anderen Sprachen dürfen Printmedien nur dann herausgegeben werden, wenn es gleichzeitig eine Auflage auf Ukrainisch gibt.

Maria Sacharowa zog Bilanz und schrieb bezüglich des veröffentlichten Berichts des US-Außenministeriums:

"Ich bin mir dessen sicher, dass nur das 'Ministerium für Wahrheit' so etwas veröffentlichen konnte."

Am 20. Januar veröffentlichte das US-Außenministerium auf seiner Website Beispiele für Desinformation, die Russland zugeschrieben werden, sowie einen Bericht über die Rolle des russischen Fernsehsenders RT und der Agentur Sputnik bei angeblicher Desinformation und Propaganda.

Die von Sacharowa benutzte Wortverbindung "Ministerium für Wahrheit" bezieht sich auf den dystopischen Roman von George Orwell "1984". Das Buch erzählt von einem totalitären Überwachungsstaat, in dem das sogenannte "Ministerium für Wahrheit" ausschließlich für Desinformation und für die Manipulation der Vergangenheit, also für Lüge, verantwortlich war.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61ea8ec648fbef479a6b8b1e.jpg>

armiyadnr.su: Bericht des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 21.01. um 10:00

In den letzten 24 Stunden wurden **vier Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung** von Seiten des Gegners festgestellt.

In Richtung Donezk haben Kämpfer der 54. Brigade zweimal das Feuer in Richtung der **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** von Donezk eröffnet und 45 Geschosse mit unterschiedlichen Typen von Granatwerfern abgefeuert.

Kämpfer der 56. Brigade haben **Spartak** mit zehn 120mm-Mörsergranaten beschossen, während des Beschusses wurden auch großkalibrige Maschinengewehre eingesetzt.

In Richtung Mariupol haben Strafruppen der 53. Brigade **Nowolaspa** mit automatischen Granatwerfern beschossen.

Es wurde entdeckt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen zwei Stück Waffen und Militärtechnik der BFU in zwei Ortschaften auf dem von Kiew kontrollierten Territorium stationiert sind.

Aus dem Bestand der 95. Luftsturmbrigade:

ein Schützenpanzerwagen in der Nähe von Wohnhäusern in Majorsk.

Aus dem Bestand der 53. mechanisierten Brigade:

ein gepanzertes Aufklärungs- und Spähfahrzeug in einem Wohngebiet von Starognatowka.

Alle Sachverhalte werden vom Bericht der OSZE-Mission Nr. 13 vom 20.02.2022 bestätigt.

de.rt.com: Um "ukrainische Verteidigung zu stärken" – Spanien entsendet Kriegsschiff ins Schwarze Meer

Die spanische Regierung bestätigte die Entsendung eines Kriegsschiffes ins Schwarze Meer. Madrid erklärte, man sei bereit, auch mehr Schiffe zu entsenden, sollten die Gespräche mit Russland scheitern und das russische Militär gegen die Ukraine vorgehen.

Am Dienstag hatte die spanische Verteidigungsministerin Margarita Robles erklärt, dass das

spanische Patrouillenschiff *Meteoro* die NATO-Präsenz im Schwarzen Meer verstärken soll. Das Mitte-Links-Kabinett des spanischen Premierministers Pedro Sánchez bestätigte die Entsendung des Kriegsschiffes am Mittwoch. Während seines Besuchs in Washington erklärte der spanische Außenminister José Manuel Albares auf einer Pressekonferenz, Madrid würde im Falle eines Scheiterns der Gespräche mit Russland die Entsendung von Truppen zur Unterstützung der Ukraine nicht ausschließen.

Laut der Tageszeitung *El Mundo* wurde Albares gefragt, ob Spanien im Falle einer "russischen Invasion" seine Truppen in die Ukraine schicken würde.

"Spanien hat eine sehr klare [Haltung] in dieser Frage. Sollte es sich als notwendig erweisen, würden wir im Rahmen der EU handeln. Spanien schließt nicht aus, seine Truppen in das Gebiet der Ukraine zu schicken, wenn sich die Krise verschärft", gab er zur Antwort. Und er fügte hinzu, dass die spanischen Einheiten im Falle eines bewaffneten Konflikts "gemeinsam" mit den EU-Mitgliedstaaten auf die Bedrohung reagieren würden.

Gleichzeitig betonte Albares, dass man nichts überstürzen sollte:

"Derzeit führen wir ein Szenario des Dialogs. Sollte es sich jedoch zu einer Auseinandersetzung entwickeln, würden wir so handeln, dass wir eine gemeinsame Antwort finden."

Russlands Forderungen "inakzeptabel"

Der spanische Außenminister betonte, dass die Forderungen, die Russland in jüngster Zeit vorgebracht habe, seiner Meinung nach "inakzeptabel" seien. "Wir dürfen nicht in die Vergangenheit zurückkehren, zu Einflussphären und zur Einschränkung der Souveränität von Staaten", so Albares.

Er halte die derzeitigen Bedingungen für einen Dialog mit Russland für schwierig.

"Verhandlungen sind nicht gleichbedeutend mit Dialog... Für einen Dialog ist guter Wille erforderlich, nicht das Aufstellen von Bedingungen, die die andere Seite unmöglich akzeptieren kann", so der spanische Außenminister.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61ea8f3f48fbef44ae3f938a.jpg>

de.rt.com: Russlands Sicherheitsforderungen: NATO-Truppen sollen Rumänien und Bulgarien verlassen

Das russische Außenministerium hat am Freitag klargestellt, was die von Moskau geforderten Sicherheitsgarantien für NATO-Truppen aus Rumänien und Bulgarien bedeuten, die beide im Jahr 1997 noch keine Mitglieder der Militäralliance waren.

Im Rahmen der von Russland geforderten Sicherheitsgarantien zur Entspannung der aktuellen Situation sollen ausländische Truppen, Waffen und andere militärische Ausrüstung aus Rumänien und Bulgarien abgezogen werden. Das erklärte das russische Außenministerium am Freitag als Antwort auf Medienanfragen danach, was die Forderung der Russischen Föderation an die NATO, ausländische Truppen, Ausrüstung und Waffen abzuziehen, in

Bezug auf diese Länder bedeute. Der russische Außenminister Sergei Lawrow sagte bei einer Pressekonferenz:

"Dies bezieht sich auf den Abzug ausländischer Streitkräfte, Ausrüstungen und Rüstungsgüter und andere Schritte zur Rückkehr zur Konfiguration von 1997 auf dem Gebiet von Ländern, die zu diesem Zeitpunkt nicht Mitglied der NATO waren. Dies gilt sowohl für Bulgarien als auch für Rumänien."

Moskau hatte von der NATO rechtsverbindliche Garantien gefordert, dass der Block seine Expansion in Richtung der Russischen Föderation stoppt und zu seinen Grenzen von 1997 zurückkehrt. Bulgarien und Rumänien sind der NATO erst nach 1997 beigetreten. Am 17. Dezember 2021 veröffentlichte das russische Außenministerium dazu einen Vertragsentwurf über Sicherheitsgarantien sowie ein Abkommen über Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit Russlands und der NATO-Mitgliedstaaten.

Russland und die NATO haben im Mai 1997 eine Grundakte unterzeichnet, in der sie bestätigten, dass sie "einander nicht als Gegner betrachten" und "einen Mechanismus für Konsultationen, Koordinierung und gemeinsame Aktionen" einrichteten. Im Jahr 1999 traten Ungarn, Polen und die Tschechische Republik dem Bündnis bei, 2004 Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, die Slowakei und Slowenien. 2009 folgten Albanien und Kroatien, 2017 Montenegro und 2020 Nordmazedonien. Die NATO umfasst heute 30 Staaten und setzt ihre Politik der offenen Tür unumwunden fort.

Derweil verweist Russland auf die Abmachung, dass eine Erweiterung des aus dem Kalten Krieg stammenden Militärbündnisses so weit gehen kann, wie es die Sicherheitsinteressen anderer Staaten nicht bedroht.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61eaa737b480cc68bd272de1.jpg>

mil-lnr.su: Pressekonferenz offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filipinenko über die Situation an der Kontaktlinie vom 15. bis 21. Januar 2022

Heute berichte ich über die Lage an der Kontaktlinie und ziehe die Bilanz der letzten Woche. Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden **in den letzten 24 Stunden keine Feuerprovokationen** von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In der letzten Woche wurden zwei Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

Es wurden insgesamt **zwei Ortschaften** in Richtung Popasnaja und Slawjanoserbsk mit 82mm-Mörsern, Granatwerfern und großkalibrigen Maschinengewehren Schusswaffen beschossen.

Infolge des Beschusses in Richtung Slawjanoserbsk wurde **ein Soldat der Volksmiliz tödlich verletzt**. ...

Beobachter der OSZE haben in ihrem Bericht vom 20.01.22 die Verletzung der Normen des internationalen humanitären Rechts durch die ukrainischen Kämpfer bestätigt und Schäden an

einem Wohnhaus und einem Wirtschaftsgebäude infolge von Beschuss auf Donezkj erfasst. ...

Unsere Aufklärung hat in der letzten Woche 15 Stück **Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte** bemerkt, die in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen **in sieben von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Ortschaften** stationiert sind. ...

In vier Gebieten wurden Fälle festgestellt, dass **Drohnen der OSZE-Mission durch Mittel der elektronischen Kriegsführung der ukrainischen Streitkräfte blockiert** wurden. ...

In der letzten Woche betrug die nicht kampfbedingten Verluste in den Verbänden und Truppenteilen der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ sechs Mann, davon zwei Tote. ...

de.rt.com: **Eskalation: Ukraine verlegt die kürzlich gelieferten britischen Waffensysteme in den Donbass**

Immer mehr Anzeichen für ukrainische Kriegsvorbereitungen werden aus dem Osten des Landes gemeldet: Der militärische Sprecher der Volksrepublik Donezk hat massive Verlegungen von Waffensystemen und die Vorbereitung von Sabotageakten durch die ukrainischen Truppen beklagt.

Die ukrainischen Sicherheitskräfte haben nach Angaben der Volksrepublik Donezk (DVR) in den letzten Tagen tödliche Waffen in den Donbass verlegt, darunter auch Panzerabwehrsysteme aus dem Vereinigten Königreich.

Nach Angaben von Eduard Bassurin, dem stellvertretenden Chef der DVR-Volksmiliz, wurden allein in den letzten Tagen mit neun C-17-Flugzeugen aus dem Vereinigten Königreich mehr als 460 Tonnen verschiedener tödlicher Waffen, darunter rund 2.000 NLAW-Panzerabwehrgranatwerfer, in die Ukraine geliefert. Mit diesen Granatwerfern werden jetzt die an der Kontaktlinie stationierten Einheiten der ukrainischen Streitkräfte ausgerüstet. Die DVR-Volksmiliz verfügt über zuverlässige Informationen in dieser Angelegenheit, berichtet TASS.

Nach Ansicht der Vertreter der Volksrepublik bestätigt die Verlegung tödlicher Waffen und mit radikalen Nationalisten komplettierter Bataillone in den Donbass die Befürchtung, dass sich Kiew auf aktive Kampfhandlungen vorbereitet.

"Das Kommando der DVR-Volksmiliz hat die Vorbereitungen von Einheiten der ukrainischen Streitkräfte zur Entfesselung aktiver Kampfhandlungen im Donbass registriert", heißt es im Text einer durch die Behörden der Volksrepublik Donezk verbreiteten Pressemitteilung.

Nach Angaben des Verteidigungsministeriums der DVR wurden sechs Smertsch-Mehrfachraketenwerfer und zwei Uragan-Mehrfachraketenwerfer mit Streumunition am Bahnhof von Krasnoarmeisk (die ukrainischen Behörden nennen diese Siedlung Pokrowskoje) abgeladen. Bassurin wies auch darauf hin, dass in den vergangenen zwei Wochen Einheiten des nationalistischen Rechten Sektors sowie Scharfschützen des 74. Aufklärungsbataillons und der Spezialeinheit Alfa des ukrainischen Sicherheitsdienstes in der ukrainischen Sicherheitsoperationszone im Donbass eingetroffen seien.

[Dokumentierte Militärtransporte aus Großbritannien in die Ukraine](#)

Bassurin rief den Westen auf, seine Waffenlieferungen an die Ukraine umgehend einzustellen und die Ukraine zur Erfüllung der Minsker Friedensvereinbarungen anzuhalten.

Zuvor hatte Bassurin erklärt, dass nach Erkenntnissen des Geheimdienstes die ukrainischen Truppen Sabotageakte an lebenswichtigen Infrastruktureinrichtungen in den Städten Donezk, Gorlowka, Jassinowataja und Dokutschajewsk planen. TASS zitiert ihn mit diesen Worten: "Wir haben zuverlässige Informationen erhalten, dass das Kommando der Streitkräfte der Ukraine Sabotageakte auf dem Gebiet der Volksrepubliken Donezk und Lugansk in der Nähe der Kontaktlinie vorbereitet. Der Befehlshaber der AFU-Sondereinsatzkräfte, Generalmajor Grigori Galagan, erteilte dem 8. Sondereinsatzregiment die Anweisung, diese Sabotageakte

vorzubereiten und durchzuführen."

Die Kiewer Armee plane außerdem Explosionen in Industrieanlagen mit gefährlichen chemischen Produktionsanlagen, fügte Bassurin hinzu. Die Bewachung derartiger Objekte sei daher verstärkt worden.

Das russische Außenministerium bestätigte die Information, dass Großbritannien seit einigen Tagen mit seinen Militärtransportflugzeugen Waffen – etwa 460 Tonnen – in die Ukraine liefert. Dies erklärte die Sprecherin des Außenministeriums Maria Sacharowa bei einem Briefing am 20. Januar.

Ebenfalls am 20. Januar erklärte der Ständige Vertreter Russlands bei der OSZE Alexander Lukaschewitsch auf einer Sitzung des Ständigen Rates der OSZE in Wien, dass Russland besorgt über die Verlegung von Waffen und militärischem Personal durch NATO-Länder in die Ukraine ist:

"Wir sind beunruhigt über Berichte, wonach einige NATO-Mitgliedsländer die Entsendung tödlicher Waffen und militärischen Personals in die Ukraine intensiviert haben. Allein in dieser Woche sind mehrere britische Militärflugzeuge mit Lenkwaffensystemen in Kiew gelandet."

[Verlegung ukrainischer Luftabwehrsysteme an die weißrussische Grenze](#)

Der russische Diplomat wies darauf hin, dass immer häufiger Transport- und Aufklärungsflugzeuge des US-Militärs am Himmel über der Ukraine aufgetaucht seien und dass die Vereinigten Staaten die Hindernisse für die Weitergabe ihrer Raketensysteme und anderer Waffen aus den baltischen Ländern in die Ukraine aufgehoben hätten.

"Wir sind auch beunruhigt über Berichte, wonach ein kanadisches Spezialeinsatzkommando in die Ukraine geflogen wurde und Vorbereitungen für die Entsendung weiterer Waffen getroffen werden. Was werden sie dort tun? Wann werden sie an der Einsatzlinie erscheinen?", sagte Lukaschewitsch.

Unterdessen bezeichnete der britische Verteidigungsminister Ben Wallace Anfang der Woche die Hoffnung als falsch, dass London im Falle eines möglichen Konflikts mit Russland seine Streitkräfte in die Ukraine schicken würde. "Ich will ehrlich sein – Russland hat die größten Streitkräfte in Europa, und die Ukraine ist kein Mitglied der NATO", sagte der Minister. Er fügte jedoch hinzu, dass das Vereinigte Königreich zusammen mit seinen Verbündeten immer alles tun werde, um die Sicherheit der Ukraine zu gewährleisten.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61eab845b480cc68b95efad0.jpg>

de.rt.com: **Lawrow nach Treffen mit Blinken: Schriftliche Antworten der USA nächste Woche zu erwarten**

Washington werde nächste Woche eine schriftliche Antwort auf die russische Forderung nach Sicherheitsgarantien übermitteln, sagte Außenminister Sergei Lawrow nach Gesprächen mit

seinem US-Kollegen. Antony Blinken warnte, es werde eine harte Reaktion geben, falls Russland die Ukraine überfallen sollte.

Blinken und Lawrow hatten ihr Treffen zum Ukraine-Konflikt in Genf nach rund eineinhalb Stunden beendet. Danach sagte Lawrow, dass der Austausch nützlich und offen gewesen sei. Die USA hätten versprochen, bis zum 30. Januar eine schriftliche Antwort auf die Sicherheitsvorschläge Russlands vorzulegen. Dieses Dokument könnte publik gemacht werden. "Ich denke, es wäre richtig, diese Antwort öffentlich zu machen, und ich werde Antony Blinken bitten, dass sie keine Einwände erheben", erklärte Lawrow. Nach Erhalt der Antwort seien weitere Kontakte auf Außenministerebene geplant.

Ob Moskau bei den Kontakten mit den USA auf dem richtigen Weg sei, könne man noch nicht einschätzen, so der russische Chefdiplomat. Man werde dies erst verstehen, nachdem die USA schriftliche Antworten zu allen Punkten der russischen Vorschläge vorlegen. "Unsere US-Kollegen haben heute erneut versucht, die Ukraine an die Spitze dieses Verhandlungsprozesses zu bringen", betonte Lawrow. Seiner Meinung nach erfordere die Ukraine-Frage "sorgfältige Aufmerksamkeit", doch das gesamte Problem der europäischen Sicherheitsarchitektur sollte nicht darauf reduziert werden. Lawrow wiederholte noch einmal, dass Moskau nicht in die Ukraine einmarschieren werde. Er habe Blinken außerdem gebeten, Einfluss auf die ukrainischen Behörden zu nehmen:

"Ich habe ihn noch einmal aufgefordert, Einfluss auf das Kiewer Regime auszuüben, um es zu zwingen, zur Besinnung zu kommen und mit der Sabotage der Minsker Abkommen aufzuhören."

Blinken seinerseits hatte vor der Diskussion davor gewarnt, dass die Chancen auf signifikante Fortschritte gering seien. "Ich erwarte keinen Durchbruch", sagte er. Nach dem Treffen erklärte der US-Diplomat, das Gespräch sei keine Verhandlung gewesen, sondern "ein offener Austausch von Ideen und Bedenken". Dabei habe er die Besorgnis der USA nicht nur über das Vorgehen Russlands in Bezug auf die Ukraine, sondern auch auf andere Teile der Welt geäußert. Der US-Außenminister hat zudem angedeutet, dass Washington niemals dem Vorschlag Moskaus zustimmen wird, die NATO-Erweiterung in der Nähe der russischen Grenzen einzuschränken, indem es die Ukraine daran hindert, dem Bündnis beizutreten. Bei einem anschließenden Gespräch mit Journalisten teilte Blinken mit, die US-Seite habe eine "feste und substanzielle" Antwort auf zwei von Moskau vorgeschlagene Vertragsentwürfe gegeben:

"Ich habe Minister Lawrow klar gemacht, dass es bestimmte Prinzipien gibt, zu deren Verteidigung die USA, unsere Partner und Verbündeten, verpflichtet sind. Dazu gehören auch jene, die das souveräne Recht des ukrainischen Volkes einschränken würden, seine eigene Zukunft zu gestalten. Hier gibt es keinen Handelsraum."

Außerdem warnte Blinken erneut, dass falls russische Truppen die ukrainische Grenze überschreiten, dies als Invasion betrachtet und zu einer Reaktion der USA führen würde:

"Wir haben deutlich gemacht, dass es sich um eine erneute Invasion handelt, wenn sich irgendwelche russischen Streitkräfte über die Grenze der Ukraine bewegen. Darauf werden die Vereinigten Staaten und unsere Partner und Verbündeten schnell, hart und mit vereinten Kräften reagieren."

Laut Blinken habe Russland mehr als 100.000 Soldaten an der Grenze zur Ukraine stationiert. Daher stehe Moskau vor der Wahl: den Konflikt diplomatisch zu lösen oder sich den "Konsequenzen" zu stellen. Ihm zufolge sei Präsident Joe Biden bereit, sich mit Wladimir Putin zu treffen, falls dies zur Lösung der Krise beiträgt. Lawrow äußerte sich ähnlich: Der russische Präsident sei immer bereit für Kontakte mit Joe Biden, solche Treffen sollten allerdings gut vorbereitet werden.

Zudem unterstrich Blinken, die NATO werde sich bei der Aufnahme neuer Mitgliedstaaten auch weiterhin an die Politik der "offenen Türen" halten. "Es ist sehr wichtig, sich darüber im Klaren zu sein, was wir nicht tun werden: Eines dieser Dinge ist, dass wir nicht von unseren

Grundprinzipien abweichen werden. Wir sind bereit, sie zu verteidigen. Eines davon sind die offenen Türen der NATO."

Er fügte jedoch hinzu, dass in einer Reihe von Fragen, die in den Vorschlägen Moskaus erwähnt werden, noch Spielraum für eine Einigung bestehe. "In Bezug auf die Sicherheitsbedenken, die Russland in den letzten Wochen geäußert hat, sind die USA, unsere Verbündeten und Partner, bereit, einen möglichen Weg zu finden, um diese Bedenken auszuräumen – im Geiste der Gegenseitigkeit, was einfach gesagt bedeutet, dass Russland auch auf unsere Bedenken eingehen muss", fuhr er fort.

Russland hat Ende letzten Jahres von den USA und der NATO Sicherheitsgarantien gefordert und will etwa eine Aufnahme der Ukraine in das Militärbündnis verhindern. Zudem verlangt Moskau, dass die NATO ihre Truppen nicht in Ländern stationiert, die dem Bündnis nach 1997 beigetreten sind. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg kritisierte diese Forderungen und erklärte, dass Russland kein Vetorecht gegen die Bemühungen der Ukraine um einen NATO-Beitritt habe. In den letzten Wochen fanden mehrere internationale Treffen zur Lage rund um die Ukraine statt, nennenswerte Fortschritte stehen bisher aber aus.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61eac0b2b480cc29202de579.jpg>